

## Entwicklungspolitik

### Mangelnde Transparenz

Deutsche Nichtregierungsorganisationen werfen dem Entwicklungsministerium (BMZ) mangelnde Transparenz bei der Zusammenarbeit mit der Privatwirtschaft vor. Im Rahmen der German Food Partnership, einer Initiative zur Bekämpfung des Hungers in der Welt, arbeitet das Ministerium mit deutschen Agrarfirmen zusammen. „Über die Details ist kaum etwas bekannt“, sagt Marita Wiggerthale von Oxfam, einem unabhängigen Verband von Hilfs- und Entwicklungsorganisationen. Diese befürchten, dass Unternehmen wie Bayer und BASF öffentliche Gelder nutzen könnten, um neue Märkte für Hybridsaatgut und Pestizide zu erschließen – und die Interessen der Kleinbauern vor Ort, etwa in Äthiopien, zu kurz kommen. „Gerade in die-



Schulklasse in Äthiopien

sem sensiblen Bereich ist absolute Transparenz geboten“, so Wiggerthale. Auf entsprechende Anfragen von Oxfam hat das BMZ jedoch seit vorigem November keine Informationen herausgegeben. „Das Ministerium hat zugesagt, die Kooperationsvereinbarungen mit den Unternehmen offenzulegen“, kritisiert auch Bernd Bornhorst von Misereor, „für mich ist nicht nachvollziehbar, warum das bis heute nicht passiert ist.“ abe



Hintze

## Parlament

### „Ein Gebot der Menschenwürde“

Bundestagsvizepräsident Peter Hintze (CDU) über Sterbehilfe

**Hintze**, 64, spielt bei den großen ethischen Debatten in der CDU regelmäßig eine herausragende Rolle, zuletzt bei der Präimplantationsdiagnostik. Beim Streit um das Verbot der organisierten Suizidhilfe nimmt der evangelische Theologe jetzt eine deutlich liberalere Position ein als seine Partei.

**SPIEGEL:** Herr Hintze, führende Unionspolitiker wie Gesundheitsminister Hermann Gröhe oder Fraktionschef Volker Kauder streben ein Gesetz an, wonach die Beihilfe zum Suizid durch Vereine wie Dignitas künftig unter Strafe gestellt werden soll. Was halten Sie davon?

**Hintze:** Ich glaube, dass ein Verbot für Sterbehilfevereine am eigentlichen Problem vorbeigeht. Heute stehen todkranke Menschen, die aus dem Leben scheiden wollen, oftmals vor der Alternative, sich in der Schweiz bei ihrem Vorhaben helfen zu lassen oder, falls sie das Geld dafür nicht haben, sich in Deutschland vor den Zug zu werfen. Diese Not verlangt nach einer Antwort. Ich meine, dass der ärztlich assistierte Suizid am Lebensende zweifelsfrei ohne Strafe möglich sein muss. Dann wären die Sterbehilfevereine überflüssig.

**SPIEGEL:** Was genau schlagen Sie vor?

**Hintze:** Ich will Rechtssicherheit für Ärzte und Patienten. Die gegenwärtige Rechtslage ist verworren, sogar widersprüchlich. In einigen Bundesländern lässt das Berufsrecht der Ärzte die Hilfe zum Suizid zu, in anderen nicht. Dazu kommt die schwer überschaubare Rechtsprechung der Strafgerichte.

**SPIEGEL:** Bisher gilt es für Ärzte als riskant, wenn sie sterbenskranken Patienten beispielsweise ein todbringendes Medikament überlassen, das diese dann selbst einnehmen.

**Hintze:** Das müssen wir ändern. Es ist doch Irrsinn, dass Verwaltungsangestellte oder Lehrer durch Deutschland reisen und unent-

geltlich mit unsicheren Methoden straffrei Suizidhilfe anbieten können, ausgerechnet Ärzte aber ein rechtliches Risiko eingehen. Die Folge ist, dass Menschen versuchen, sich mithilfe von Laien oder Google-Wissen das Leben zu nehmen.

**SPIEGEL:** Was wäre die Alternative?

**Hintze:** Meiner Ansicht nach sollte der ärztlich assistierte Suizid in unerträglichen Situationen am Lebensende ohne jeden Zweifel straffrei sein, wenn der Patient sich dies wünscht und der Arzt in einer Gewissensentscheidung zu dem Ergebnis kommt, dass er diesem Wunsch nachkommen will. Mir geht es ausschließlich um diese Fälle extremen Leidens, nicht um Fälle, in denen Menschen aus psychischen Gründen des Lebens überdrüssig sind.

**SPIEGEL:** Die Mehrheit in Ihrer Partei ist anderer Ansicht. Sie fürchtet, dass ohne ein klares Verbot der Druck auf todkranke Menschen wachse, aus dem Leben zu scheiden.

**Hintze:** Ich bin mir, was die Mehrheiten in der CDU angeht, nicht so sicher. Große Teile der Gesellschaft vertreten ja meine Position. Ich bin dafür, dass die Medizin Mut zum Leben macht und dass wir alle Chancen der Palliativmedizin nutzen. Hier ist noch ein großer Nachholbedarf. Doch nicht jede unerträgliche Situation lässt sich palliativmedizinisch beherrschen. Da ist es ein Gebot der Menschenwürde, dass ein derart Betroffener am Lebensende den Arzt um Hilfe bitten darf. Es gibt auch eine Ethik des Helfens.

**SPIEGEL:** Wie wollen Sie Ihre Ansicht im Parlament durchsetzen?

**Hintze:** Ich setze auf eine Mehrheitsbildung in der Union. Es ist auch ein Gruppenantrag mit der Kollegin Carola Reimann von der SPD denkbar. Wichtig ist zunächst aber eine breite gesellschaftliche Debatte über dieses Thema.

Interview: Peter Müller